

Leister, Klaus Dieter; Donges, Juergen B.; Elsenhans, Hartmut

**Article — Digitized Version**

## Belastungsprobe für den Nord-Süd-Dialog

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Leister, Klaus Dieter; Donges, Juergen B.; Elsenhans, Hartmut (1980) : Belastungsprobe für den Nord-Süd-Dialog, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 10, pp. 475-485

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135486>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Belastungsprobe für den Nord-Süd-Dialog

Die 11. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen (VN), die vom 25. 8. bis 15. 9. dieses Jahres in New York tagte, hat sich mit der Internationalen Entwicklungsstrategie für die III. VN-Entwicklungsdekade bis 1990 und der Vorbereitung globaler Verhandlungen über die Bereiche Handel, Währung und Finanzen, Rohstoffe, Entwicklung und Energie im nächsten Jahr befaßt. Sie hat für den Nord-Süd-Dialog ein Zwischenergebnis erzielt, das keinen der Beteiligten so recht zufriedenstellt. Zwar wurden Erfolge mit der Erarbeitung einer Internationalen Entwicklungsstrategie sowie der Verabschiedung einer Resolution über erhöhte Hilfeleistungen für die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) erreicht, doch konnte bisher keine Einigung über das Verfahren für die angestrebten globalen Verhandlungen erzielt werden. Die Bemühungen um eine Einigung werden auf der laufenden 35. Generalversammlung der Vereinten Nationen fortgesetzt. Welches ist der Stand der Verhandlungen, und wie sind die Erfolgsaussichten der Internationalen Entwicklungsstrategie einzuschätzen?

Klaus Dieter Leister

### Der Nord-Süd-Dialog zu Beginn der III. Entwicklungsdekade

**A**ufgabe der 11. Sondergeneralversammlung (SGV) in New York war es, über Verfahren, Zeitrahmen und Tagesordnung der globalen Verhandlungen zu entscheiden. Als Hauptthemen für die Tagesordnung wurden bereits vor der Konferenz die Bereiche Rohstoffe, Energie, Handel, Währung, Finanzen und Entwicklung festgelegt. Als Zeitraum für die globalen Verhandlungen ist das Jahr 1981 vorgesehen.

Für die Zustimmung aller Industrieländer zum Gedanken der globalen Verhandlungen war entscheidend, daß die Entwicklungsländer auf der Grundlage einer Entscheidung der Gipfelkonferenz der Blockfreien im September 1979 in Havanna das Energiethema in die VN einbrachten. Die Verhandlungen eröffnen damit die Gelegenheit, auch die OPEC-Länder und die kommunistischen Staats-

handelsländer auf ihre Verantwortung hinsichtlich der weltwirtschaftlichen Entwicklung als auch gegenüber den Problemen der nicht-öl-exportierenden Entwicklungsländer hinzuweisen.

Die Verhandlungen in New York konzentrierten sich ausschließlich auf die prozeduralen Fragen; Verhandlungen über die detaillierte Tagesordnung fanden noch nicht statt. Die Entwicklungsländer streben globale Verhandlungen zentral in New York an mit dem Ziel einer politisch stark bindenden Gesamtvereinbarung, die von den Teilnehmern und zuständigen Sonderorganisationen zu implementieren wäre. Die Industrieländer vertraten dagegen das Konzept dezentralisierter Verhandlungen, d. h. die Verhandlungen sollen – gegebenenfalls aufgrund von Entscheidungen des Zentralorgans – überwiegend in den Sonderorganisatio-

nen geführt werden. Nach Auffassung der Industrieländer muß vor allem die Erhaltung der Kompetenzen der Sonderorganisationen, vor allem IWF, Weltbank und GATT, gewahrt bleiben.

#### Zweideutiger Text

In New York konnte kein konsensfähiges Ergebnis über die Prozedurfragen erzielt werden. Dies gilt insbesondere für die Frage, welche Rolle die Sonderorganisationen im Rahmen der globalen Verhandlungen spielen sollen. Nach Ansicht der Bundesregierung ist der vorgelegte Kompromißtext so zweideutig, daß die Kompetenz der Sonderorganisationen nicht hinreichend gewährt wird. Der Text läßt insbesondere offen, welche Detailverhandlungen in den Sonderorganisationen bzw. in Ad-hoc-Gruppen durchgeführt werden sollen. Auch ist unklar, ob die Global-

konferenz die Möglichkeit hat, die in den Sonderorganisationen erzielten Ergebnisse wieder neu zu verhandeln.

Die Bundesregierung hat daher ebenso wie die USA und Großbritannien gegen den vorgelegten Resolutionstext einen Vorbehalt eingelegt. Der Resolutionstext ist nicht dem Plenum der Sondergeneralversammlung zur Annahme vorgelegt, sondern an die 35. Generalversammlung verwiesen worden. Die Sondergeneralversammlung konnte somit den Auftrag nicht erfüllen, die Vorbereitung der globalen Verhandlungen abzuschließen. Für die weitere Haltung der Bundesregierung ist entscheidend, ob in der Verfahrensfrage eine Regelung erzielt wird, die Zweideutigkeiten ausschließt, damit die eigentlichen Globalverhandlungen unbelastet von ungeklärten Verfahrensfragen im Jahre 1981 beginnen können.

Die Bundesregierung hält jedoch nach wie vor die globalen Verhandlungen angesichts der schwierigen weltwirtschaftlichen Lage für wichtig und dringend. Sie wird daher in der laufenden 35. UN-Generalversammlung darauf hinarbeiten, in der Frage des Verfahrens der Verhandlungen und in der Frage der Tagesordnung einen tragfähigen Konsensus zu erreichen.

### Einigung über die Strategie

Über die Internationale Entwicklungsstrategie (IES) wurde Einigung erzielt. Die IES, deren Text im Konsens erarbeitet, jedoch auf Wunsch der Entwicklungsländer von der SGV nicht formell verabschiedet wurde, soll voraussichtlich auf der 35. UN-Generalversammlung angenommen werden, um am 1. 1. 1981 in Kraft treten zu können. Ihre Annahme noch auf der Sondergeneralversammlung selbst

wurde auf Betreiben der Entwicklungsländer nicht zuletzt deshalb verschoben, weil die IES in engem Zusammenhang mit den globalen Verhandlungen zu sehen ist. Dies war auch während der Verhandlungen eine der Schwierigkeiten bei der Formulierung von Texten zu Bereichen wie Währung und Energie, die wesentlich den Themenkatalog der globalen Verhandlungen bestimmen. Da diese bei einer Einigung zum Verfahren im Januar 1981 beginnen sollen, war eine Präjudizierung durch die Strategie zu vermeiden; andererseits drängten verständlicherweise die Entwicklungsländer bereits jetzt darauf, für sie günstige Ausgangspositionen festzuschreiben.

Die IES will die Rahmenbedingungen für die Beziehungen zwischen Nord und Süd in den 80er Jahren schaffen. Angestrebt wird ein globales durchschnittliches Wachstumsziel des Brutto-Volkseinkommens der Entwicklungslän-

der von durchschnittlich 7 %. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage liegen die Schätzungen beispielsweise der Weltbank für Entwicklungsländer für diesen Zeitraum weit unter diesem Ziel. Das 7 %-Wachstumsziel ist daher nicht als Prognose anzusehen, die ohnehin für einen so langen Zeitraum mehr als ungewiß bliebe, sondern als Ausdruck des politischen Willens und als indikative Aussage.

Um ihr Wachstumsziel zu erreichen, fordern die Entwicklungsländer die Realisierung ihres schon für die II. Entwicklungsdekade aufgestellten Ziels eines Ressourcentransfers der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) von 0,7 % des Bruttosozialprodukts bis 1985 und das 1 %-ODA-Ziel sobald wie möglich danach. Die Bundesregierung hält es nicht für sinnvoll, sich angesichts der unsicheren Weltwirtschaftslage für einen *bestimmten Zeitrahmen* auszusprechen, innerhalb dessen das von ihr grundsätzlich anerkannte 0,7 %-Ziel zu erreichen ist. Sie wird daher zu diesem Abschnitt sowie zu anderen Abschnitten der Strategie, die in der vorgeschlagenen Formulierung nicht akzeptabel sind oder der Interpretation bedürfen, ihre Position bei der formellen Annahme der IES durch die VN-Generalversammlung präzisieren. Auch andere Staaten werden ihre Auffassung zu einzelnen Abschnitten der Strategie bei Annahme deutlich machen.

### Keine Leistungsverpflichtungen

Bei sorgfältiger Analyse des vorliegenden Textes läßt sich feststellen, daß die Strategie keine konkreten Leistungsverpflichtungen enthält, sondern im wesentlichen den derzeitigen internationalen Diskussionsstand über die Nord-Süd-Beziehungen wiedergibt. Gleichzeitig steckt sie den Rahmen für die Zusammenarbeit von Ent-

Die Autoren  
unseres  
Zeitgesprächs:

*Dr. jur. Klaus Leister, 42, ist Ministerialdirektor und Abteilungsleiter beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.*

*Prof. Dr. Juergen B. Donges, 40, ist Leiter der Forschungsabteilung Entwicklungsländer und Weltwirtschaft des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.*

*Prof. Dr. Hartmut Elsenhans, 39, ist Ordinarius für Politische Wissenschaften und Internationale Beziehungen am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg.*

wicklungsländern und Industrieländern ab und zeigt Wege für eine Weiterentwicklung dieser Zusammenarbeit auf. Darüber hinaus wird die IES kein für die gesamte Dekade unveränderbares Dokument bleiben. Es ist vorgesehen, daß bei der Überprüfung der Strategie, die erstmals 1984 stattfinden soll, dann vorliegende Ergebnisse der globalen Verhandlungen sowie anderer relevanter VN-Konferenzen und regionaler wie interregionaler Konferenzen auf Beschluß der UN-Generalversammlung in die IES aufgenommen werden. Diese Flexibilität erlaubt es, den in Teilen besonders wegen der bevorstehenden globalen Verhandlungen notwendigerweise sehr allgemeinen Rahmen der Strategie im Laufe der Jahre konkret zu füllen.

#### Akzeptierte Themen

Mit der Internationalen Entwicklungsstrategie werden eine Reihe von Themen, von denen einige auf den Bericht der Brandt-Kommission zurückgehen, als von allen beteiligten Gruppen akzeptiert in die internationale Diskussion der kommenden Jahre eingeführt:

- Der Generalsekretär der VN wird aufgefordert, der 36. VN-Generalversammlung, d. h. 1981, einen Bericht zur Schaffung eines Weltentwicklungsfonds mit dem Ziel angemessener Entscheidungen zu unterbreiten.
- Die Strategie spricht sich für eine Erhöhung der Ausleihkapazität von Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken aus.
- Im Bereich der Exportkredite sollen die Industrieländer soweit angemessen die Garantiekonditionen verbessern, insbesondere die Garantielaufzeiten.
- Die Strategie stellt erstmals das Ziel eines Ressourcentransfers an öffentlicher Entwicklungshilfe von

1 % des BSP auf, allerdings ohne Zeitziel.

- Für die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) sollen bis 1985 bzw. 1990 0,15 bzw. 0,20 % des BSP an öffentlicher Hilfe zur Verfügung gestellt werden.
- Bis Ende der Dekade wird angestrebt, daß die Entwicklungsländer 20 % der Welthandelstonnage erreichen sollen.
- Schließlich fordert die Strategie eine allgemeine Importfazilität bei Weltbank und Währungsfonds für plötzliche Preissteigerungen der Importe.

Zu den letzten vier Bereichen werden eine Reihe von Staaten und Gruppen, darunter auch die EG, Vorbehalte einlegen.

Die oben genannten Themen schaffen keine konkreten Verpflichtungen zu Leistungen; sofern sie nicht mit Vorbehalten belegt sind, gibt es lediglich die Verpflichtung, sie zu erörtern und zu erwägen. Sie sind jedoch auf die internationale Tagesordnung gesetzt für die kommende Dekade, und die Auswirkungen der hier zu führenden Diskussionen werden deutlich zu spüren sein.

#### Ausgewogene Vorstellungen

Ohne das Strategiedokument an dieser Stelle im einzelnen analysieren zu wollen, sollte auf einige wichtige Elemente hingewiesen werden, die teilweise in der bisherigen Strategie für die II. Dekade nicht enthalten sind. Obwohl der Begriff des Grundbedürfniskonzepts nicht ausdrücklich erwähnt wird, enthält die Strategie doch alle seine Komponenten wie Nahrung, Wohnung und Bildung, Gesundheit, sauberes Trinkwasser. Die Bevölkerungspolitik wird als wesentlicher Teil der Entwicklung eines Landes anerkannt. Bedeutung von Landreform und Genossen-

schaftswesen werden hervorgehoben. Erstmals in einer Strategie wird auf die Bedeutung des kulturellen Erbes in den Entwicklungsländern aufmerksam gemacht. Der Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit und der Partizipation der Gesamtbevölkerung am Entwicklungsprozeß wird als wesentlich hervorgehoben. Nicht zuletzt wird auf den Zusammenhang zwischen Entwicklung und Abrüstung aufmerksam gemacht.

Ursprünglich haben die Entwicklungsländer in der IES lediglich das Instrument zur Verwirklichung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung gesehen, das beschränkt ist auf die Außenbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Der Ansatz der Industrieländer zielte in erster Linie auf die Bekämpfung der absoluten Armut und die Herstellung gerechterer Ordnungen in den Entwicklungsländern selbst. Das jetzt erarbeitete Dokument enthält Elemente beider Vorstellungen in einer ausgewogenen Art und dürfte eine brauchbare Basis für die weitergehenden Gespräche und Verhandlungen zwischen Nord und Süd in den kommenden Jahre der Dekade sein.

#### Verstärkte Hilfe für die LLDC

Ein Erfolg der 11. SGV stellt die Resolution über die LLDC dar. In ihr ist es gelungen, die gemeinsame Verantwortung westlicher und östlicher Industrieländer sowie der OPEC-Länder für erhöhte Leistungen an die LLDC einschließlich der verstärkten Unterstützung von Energieprojekten in den LLDC festzulegen.

Bemerkenswert ist, daß die Gruppe 77 unter ihrem Sprecher (Indien) sich trotz erheblichen Widerstandes innerhalb der eigenen Gruppe (OPEC-Länder) für die Inpflichtnahme der Staatshandels-

länder und der OPEC-Länder für deren Erhöhung der Entwicklungshilfe an die LLDC eingesetzt hat. Dies ist insbesondere dem Einfluß Bangladeshs, dem Sprecher der LLDC, zuzuschreiben.

Die Resolution über die LLDC sagt deutlich, daß die Hauptverantwortung für ihre Entwicklung bei den LLDC selbst liegt. Sie enthält ergänzend die Aufforderung an die westlichen und östlichen Industrieländer sowie an die OPEC-Länder, gleichrangige Anstrengungen im Hinblick auf die Verdoppelung der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen an die LLDC innerhalb der ersten Hälfte der 80er Jahre zu unternehmen und die Unterstützung für Energieprojekte in den LLDC wesentlich zu erhöhen.

Die im Konsensus verabschiedeten Resolutionen stehen in vollem Einklang mit den „Entwick-

lungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung“. Dort heißt es (Textziffer 32): „In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Vereinten Nationen räumt die deutsche Entwicklungspolitik den am wenigsten entwickelten Entwicklungsländern eine Sonderstellung ein . . . Die Bundesregierung unterstützt den Vorschlag eines internationalen Aktionsprogramms für die am wenigsten entwickelten Länder“. In der Textziffer 30 wird ausgeführt: „Die Länder in den Armutsgürteln Afrikas und Asiens sind Schwerpunktregionen der Zusammenarbeit. Der Umfang der Zusammenarbeit mit den ärmeren Entwicklungsländern wird weiter erhöht.“

#### Ausblick

Der Nord-Süd-Dialog – dies haben die harten und insgesamt nicht befriedigenden Verhandlungen der

SGV in New York gezeigt – steht zu Beginn der III. Entwicklungsdekade vor einer schweren Belastungsprobe. Die weltwirtschaftlichen Perspektiven sind beunruhigend. Steigende Energiepreise, bedrohte Energieversorgung, hohe Inflationsraten bei reduziertem Wachstum, Arbeitslosigkeit, Zahlungsbilanzungleichgewichte, Nahrungsmittelkatastrophen, Bevölkerungswachstum bieten wenig Anlaß für einen optimistischen Ausblick auf das begonnene Jahrzehnt. Verstärkte Anstrengungen *aller* Länder werden nötig sein, um mit diesen Herausforderungen fertig zu werden. Nord und Süd, Industrie- und Entwicklungsländer, OPEC- und COMECON-Staaten, alle Länder der Weltgemeinschaft sind aufgefordert, in gemeinsamer Verantwortung die drängenden Probleme der Weltwirtschaft zu meistern.

---

Juergen B. Donges

## Zur internationalen Entwicklungsstrategie für die 80er Jahre

---

Mittlerweile gilt es als selbstverständlich, daß sich die UNO, einschließlich ihrer Sonder- und Unterorganisationen, mit der Frage befaßt, wie die Entwicklung der Weltwirtschaft möglichst harmonisch gestaltet und das Nord-Süd-Gefälle entschärft werden kann. Da sowohl die westlichen Industrieländer und die osteuropäischen Staatshandelsländer (der „Norden“) als auch die erdölreichen und die erdölabhängigen Entwick-

lungsländer (der „Süden“) Mitglieder der UNO sind, gelten weltweit konzertierte entwicklungspolitische Aktionen und Proklamationen vielerorts als besonders erfolgreich.

Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus. Die UNO eignet sich zwar, dank der „ein Land – eine Stimme“-Regel, vorzüglich dazu, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu politisieren. Doch leistet sie kaum etwas, was die Ent-

wicklungsländer ihren eigenen wachstums- und beschäftigungspolitischen Zielen näherbringen könnte. Konferenzrethorik ist nun einmal kein Ersatz für eine zieladäquate Entwicklungspolitik, die auf nationaler Ebene und, wenn von dem jeweiligen Entwicklungsland gewünscht, mit der Unterstützung der Industrieländer betrieben wird. Dies lehrt die Erfahrung, und es könnte sich in der vor uns liegenden Dekade erneut bestätigen,

ganz gleich wie die von der diesjährigen UNO-Vollversammlung zu verabschiedende internationale Entwicklungsstrategie letztlich aussieht.

### Strategien im Rückblick

Blenden wir kurz zurück. Sowohl für die sechziger als auch für die siebziger Jahre hatte die UNO konkrete Entwicklungsziele für die Dritte Welt quantifiziert. Jährlich sollte das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner um rund 3 %, die Agrarproduktion um 4 % und die Industrieproduktion um 8-9 % zunehmen. Die Industrieländer sollten mindestens 0,7 % ihres Brutto-sozialprodukts als öffentliche Entwicklungshilfe bereitstellen. Tatsächlich ist nur das gesamtwirtschaftliche und das industrielle Wachstumsziel erreicht worden.

Doch was besagt das schon? Die Entwicklungsländer stellen alles andere als eine homogene Gruppe dar (selbst wenn wir die Ölländer außer Betracht lassen). Und sie betreiben zum Teil recht unterschiedliche Entwicklungspolitiken. Die Folge ist, daß in einigen Ländern eine schnelle Industrialisierung in Verbindung mit einer kräftigen Ausweitung der Agrarproduktion stattgefunden hat, zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen wurden und weite Bevölkerungskreise eine spürbare Verbesserung ihres materiellen Lebensstandards erleben konnten. Es handelt sich fast ausschließlich um Länder, die bei ihren Industrialisierungsbemühungen gezielt auf die internationale Verflechtung ihrer Volkswirtschaften gesetzt haben. Für viele andere Entwicklungsländer wiederum haben sich die Symptome des Nord-Süd-Gefälles potenziert: Die Industrialisierung ist nur langsam vorangekommen, die eigene Nahrungsmittelproduktion konnte mit der Bedarfsentwicklung nicht

Schritt halten, Arbeitslosigkeit und Armut haben weiter um sich gegriffen. Damit ist nicht nur das Nord-Süd-Gefälle steiler geworden. Es haben sich darüber hinaus erhebliche Einkommensdisparitäten unter den Entwicklungsländern herausgebildet.

Bei der Suche nach den Ursachen für diese Entwicklung machen es sich die Entwicklungsländer häufig recht einfach. Ihnen sei, so heißt es immer wieder, in dem System der weltwirtschaftlichen Beziehungen, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat, die Rolle des Rohstofflieferanten zugefallen, was sich als ein wenig einträgliches Geschäft erwiesen und außerdem der wirtschaftlichen Ausbeutung durch die alles beherrschenden (westlichen) Industrieländer Tür und Tor geöffnet habe. Es bedürfe deshalb einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Und in der Tat wird seit 1974 das Nord-Süd-Verhältnis vorwiegend unter dem Gesichtspunkt institutioneller Reformen in Verbindung mit massiven Ressourcentransfers diskutiert. Das gilt auch für die unlängst abgeschlossene Sondervollversammlung der Vereinten Nationen über internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, auf der nicht nur die üblichen Wachstumsziele für die „Dritte Entwicklungsdekade“ (1980-90) quantifiziert, sondern auch die Weichen für die von 1981 an geplanten „globalen Verhandlungen“ über die neue Weltwirtschaftsordnung gestellt werden sollten (was bekanntlich nicht gelungen ist).

### Globale Ziele ohne Aussage

Obwohl inzwischen klar sein sollte, daß globale Entwicklungsziele für die Entwicklungsländer als Ganzes wenig aussagen, steht zu erwarten, daß die UNO auch für die achtziger Jahre Wachstumsziele

quantifizieren wird: jahresdurchschnittlich 4,5 % für das reale Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt, 4 % für die Agrarproduktion und 9 % für die industrielle Produktion.

Diese Zielwerte drücken also den politischen Wunsch nach einer Beschleunigung des Entwicklungsprozesses in der Dritten Welt aus. Verläuft die Entwicklung dann anders (nämlich verhaltener), kann man ja die „mangelnde Kooperationsbereitschaft“ der Industrieländer dafür verantwortlich machen. Daß die globalen Zielvorstellungen überzogen sind, ist, anders als in den beiden vorausgegangenen Entwicklungsdekaden, sogar wahrscheinlich. Denn viele Entwicklungsländer müssen die strukturelle Anpassung an einen im Trend steigenden realen Ölpreis erst noch bewerkstelligen; der Zwang zur Bedienung mitunter sehr umfangreicher Auslandsschulden engt den Finanzierungsspielraum für die Durchführung entwicklungs-trächtiger Investitionsprojekte erheblich ein; und es wird zunehmend schwieriger, Privatkapital, Unternehmerleistung und technisches Know-how zu importieren, sei es, weil diese Ressourcen weltweit knapper geworden sind, sei es, weil Entwicklungsländer den ausländischen Investoren den Schutz ihres Eigentums versagen können wollen. Bedenkt man ferner, daß sich das wirtschaftliche Wachstum in den Industrieländern verlangsamt hat und der Welthandel nicht mehr so kräftig expandiert wie einst, könnte es schon als Erfolg gelten, wenn sich wenigstens die von der Weltbank in ihrem dritten Weltentwicklungsbericht (vom August 1980) für möglich gehaltene gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate von etwa 2,4 % per annum für das reale Pro-Kopf-Einkommen im Durchschnitt der Entwicklungsländer erreichen ließe.

Welche globalen Wachstumsraten auch immer erzielt werden mögen, so muß man damit rechnen, daß die nationalen Entwicklungspfade auch in den achtziger Jahren sehr unterschiedlich verlaufen werden. Nur langsam wird es vorangehen, wo Tradition, Religion und Feudalherrentum die individuelle, leistungsbezogene Persönlichkeitsentfaltung behindern. Ein rascher sozio-ökonomischer Fortschritt ist hingegen dort zu erwarten, wo die Fähigkeit und der Wille zum Lernen vorhanden sind, die Gesellschaft vertikal geöffnet ist und individuelles Erfolgsstreben belohnt wird. Ohne eine Rückbildung tradierter Werte und ein Mindestmaß an Leistungsethik wird auch eine noch so gut gemeinte Entwicklungspolitik wenig Früchte tragen. In leistungsorientierten Gesellschaften hingegen kann die nationale Entwicklungspolitik das Entwicklungstempo maßgeblich beeinflussen: indem sie dafür sorgt, daß die Industrialisierung auch in ländlichen Regionen vorangetrieben, daß alle Möglichkeiten zum Produktivitätsfortschritt in der Landwirtschaft ausgeschöpft und daß sowohl in der Industrieproduktion als auch in der Agrarerzeugung die Spezialisierungsvorteile im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung voll genutzt werden.

#### **Beitrag der Industrieländer**

Auch wenn jedes einzelne Entwicklungsland selbst verantwortlich für die Verwirklichung der gesteckten Entwicklungsziele ist, können die Industrieländer dazu beitragen, daß entwicklungspolitische Bemühungen erfolgreich sind. In UN-Debatten wird immer wieder das 0,7 %-Ziel für öffentliche Entwicklungshilfe beschworen, so auch jetzt wieder im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklungs-

strategie für die achtziger Jahre. Von mehr staatlichen Zuschüssen und verbilligten öffentlichen Krediten geht ein positiver und entwicklungspolitischer Beitrag insofern aus, als das Empfängerland bei der Durchführung von Investitionsvorhaben weniger schnell an Grenzen mangelnder inländischer Ersparnisse oder auf zahlungsbedingte Engpässe stößt. Dabei ist unterstellt, daß das empfangene Volumen externer Ressourcen für entwicklungspolitisch relevante Vorhaben innerhalb eines bestimmten Zeitraumes gesamtwirtschaftlich effizient verwendet werden kann. Doch bestehen in bezug auf eine Reihe von Entwicklungsländern auch Absorptionsprobleme, zumindest kurzfristig. Häufig mangelt es an Projekten oder es fehlen (komplementäre) Unternehmen, qualifizierte Arbeitskräfte und Infrastruktureinrichtungen.

Daraus sollten Industrieländer jedoch nicht den Schluß ziehen, die Entwicklungshilfe brauche nicht aufgestockt zu werden oder ließe sich sogar kürzen. Vielmehr sollten sie darauf vorbereitet sein, daß die Entwicklungsländer lernen werden, mehr Projekte früher und mit längerfristigen Realisierungsterminen vorzubereiten. Haushaltstechnisch bedeutet dies, daß die nationalen Parlamente der Geberländer die „Verpflichtungsermächtigungen“ und nicht so sehr die laufenden Baransätze erhöhen müßten.

Im übrigen sollten die Industrieländer darauf verzichten, Entwicklungshilfe liefergebunden zu gewähren. Denn nur so ist gewährleistet, daß sich die Entwicklungsländer bei der Verwendung der erhaltenen Geldmittel für Käufe im Ausland den Preis- und Qualitätswettbewerb der Anbieter zunutze machen können. Der reale Wert der Entwicklungshilfe steigt damit. In jedem Fall ziehen auch die Indu-

strieländer, direkt oder indirekt, Nutzen aus einer effizient eingesetzten Entwicklungshilfe: in Form einer expandierenden Nachfrage der Dritten Welt nach unseren Gütern und Leistungen und eines vergrößerten Angebots an Produkten aus Entwicklungsländern auf unseren Märkten.

#### **Abbau des Protektionismus**

Die Industrieländer können auch die Integration der Entwicklungsländer in die (substitutive) weltwirtschaftliche Arbeitsteilung fördern, indem sie ihre Binnenmärkte für Rohstoffe, landwirtschaftliche Erzeugnisse und industrielle Halb- und Fertigwaren aus der Dritten Welt öffnen bzw. offenhalten. Statt selektiven Importprotektionismus, wie er seit einigen Jahren trotz Tokio-Runde um sich greift, ist Importliberalisierung auf breiter Front gefragt, und zwar unter Einschluß des Agrarhandels. Ein Abbau des EG-Agrarprotektionismus würde das Weltmarktpreisniveau für Nahrungsmittel (unter sonst gleichbleibenden Bedingungen) ansteigen lassen und auf diese Weise nicht nur den Nettoexportländern zu mehr Deviseneinnahmen verhelfen, sondern auch in den bislang von Nahrungsmitteln einführen abhängigen Entwicklungsländern Anreize für eine verstärkte Inlandsproduktion schaffen. Die Handelsliberalisierung im industriellen Bereich würde zunächst den schon weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländern zugute kommen, weil nur diese über ein signifikantes Exportpotential verfügen. Doch entsteht für Länder, die erst am Anfang ihrer wirtschaftlichen Entwicklung stehen, mehr Transparenz in bezug auf ihre außenwirtschaftlichen Optionen in der Zukunft.

Der Abbau noch bestehender Handelsschranken bringt natürlich

auch den Industrieländern Vorteile. Im EG-Agrarbereich wird der Verschwendung von Steuergeldern ein Ende gesetzt und dem Konsumenten die freie Güterwahl zu Wettbewerbspreisen ermöglicht. Der zusätzliche Preiswettbewerb im industriellen Bereich begünstigt ebenfalls die inländischen Verbraucher, schwächt monopolistische Machtpositionen auf unseren Güter- und Faktormärkten und verringert damit die Gefahr einer Kosteninflation. Außerdem können die Industrieländer Grenzen des Wachstums hinausschieben, wenn sie sich in der Produktion auf Güter und Leistungen konzentrieren, die sehr viel Humankapital und sehr viel Forschungs- und Entwicklungsarbeit beanspruchen. Und schließlich ergibt sich als Gegenstück zu dem importbedingten An-

passungsdruck bei uns die Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sachkapazitäten in der Exportindustrie, weil erfahrungsgemäß Entwicklungsländer die im Ausfuhrgeschäft verdienten Devisen in der Regel nicht horten, sondern für den Kauf von Investitionsgütern ausgeben.

#### Fixe Vorstellungen

Trotz der Notwendigkeit zum eigenverantwortlichen wirtschaftspolitischen Handeln in den Entwicklungsländern und trotz der konkreten Ansatzpunkte für eine konstruktive Kooperation der Industrieländer wird nun auch die Verabschiedung der internationalen Strategie für die „Dritte Entwicklungsdekade“ zum Anlaß genommen, über die neue Weltwirtschaftsordnung zu streiten. Die Entwicklungs-

länder sind offenbar auf UNO-Versammlungen nicht von der fixen Vorstellung zu befreien, daß die wirtschaftlichen Nord-Süd-Beziehungen nicht ein Nullsummenspiel zu sein brauchen, bei dem die einen nur gewinnen können, wenn die anderen verlieren. Und es widerspricht dem Zeitgeist, nicht alles Heil in institutioneilen Reformen zu erblicken. Das Ergebnis ist, daß immer wieder Kataloge mit in sich widersprüchlichen Maximalforderungen auf den Tisch gelegt werden. Die Industrieländer ihrerseits glänzen auch nicht durch Originalität. Mitunter finden sie sich zu Konzessionen bereit, die angeblich nichts kosten (im haushaltstechnischen Sinne). Oder sie strafen ihr ordnungspolitisches Bekenntnis zum Freihandel Lügen, indem sie sich gezielt protektionistisch

## VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

### NEUERSCHEINUNG

Karl Wolfgang Menck, Ahmad Naini, Angela Nottelmann

### ELEMENTE EINER INTERNATIONALEN STRATEGIE FÜR DIE DRITTE ENTWICKLUNGSDEKADE

Die vorliegende Studie nennt vor dem Hintergrund der Ergebnisse der zweiten Entwicklungsdekade Ziele für die Entwicklungspolitik im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Daneben vermittelt die Veröffentlichung einen Überblick über das Instrumentarium, das notwendig ist, um diese Ziele zu verwirklichen. Ausführlich geht die Studie auf die Probleme und Möglichkeiten der Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe sowie auf die Handels- und Rohstoffpolitik ein. Weiterhin werden Fragen der Verschuldung, der Förderung von Direktinvestitionen, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und der Wissenschafts- und Technologiekooperation behandelt. Abschließend untersuchen die Verfasser die mit diesen Maßnahmen verbundenen Rückwirkungen auf die Industrieländer.

Großoktav, 499 Seiten, 1980, brosch. DM 44,—

ISBN 3 87895 197 3

V E R L A G   W E L T A R C H I V   G M B H   -   H A M B U R G



gegenüber Anbietern aus der Dritten Welt verhalten.

Erfolge oder Mißerfolge in der „Dritten Entwicklungsdekade“ sollte man am Ende der achtziger Jahre daran messen, ob es zu Aufholprozessen in den Entwicklungsländern gekommen ist und ob dort Arbeitslosigkeit und Armut gemildert

werden konnten. Selbst wenn wir unterstellen, was kontrovers ist, daß die Kosten und Nachteile weltweit zentralisierter Entscheidungsmechanismen für die Entwicklungsländer und die Weltwirtschaft insgesamt gering wären, habe ich sehr große Zweifel, daß durch die Schaffung von neuen oder die Umwandlung bestehender Institutio-

nen Entwicklungsprobleme der Art, um die es in diesem Jahrzehnt geht, wirklich gelöst werden können. Wer dennoch auf institutionelle Reformen setzt, schürt, falls es dazu kommt, möglicherweise Erwartungen in der Dritten Welt, die später enttäuscht werden und in Frustration und Ressentiments umschlagen.

Hartmut Elsenhans

## Gesellschaftliche Reformen in der Dritten Welt gegen Konzessionen in der Weltwirtschaftsordnung

Die 11. UN-Sondervollversammlung hat Beschlüsse im Sinne einer substantiellen Übereinstimmung zwischen den Teilnehmern nicht gefaßt. Die heterogene Koalition der Regierenden in den Entwicklungsländern konnte sich schon vorab nur auf ein Konzept einigen, in dem die Lösung des Entwicklungsproblems ausschließlich von den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden erwartet wird. Wie lange die Industrieländer den erkennbaren Versuch der Entwicklungsländer, mit ihrem Stimmenübergewicht in der Vollversammlung weltwirtschaftliche Konzessionen zu erzwingen, vereiteln können, kann niemand voraussagen. Auf Dauer kann jedoch die Politik der Industrieländer gegenüber dem Süden, die auch ihr eigenes Wachstum sichert, nur darin bestehen, daß sie die Gesamtproblematik der Überwindung von Unterentwicklung in die Verhandlungen einbringen.

Die bislang von den Industrieländern vorgebrachte Behauptung, daß die Forderung nach Erhöhung der Entwicklungshilfe für sie nicht tragbar sei, ist nicht überzeugend: Um z. B. die öffentliche Entwicklungshilfe der Bundesrepublik auf

0,7 bzw. 1 % von derzeit 0,46 % des Bruttosozialprodukts (BSP) zu erhöhen, müßten bei einem realen Wachstum des BSP um 3 % pro Jahr gerade 2 % der zusätzlichen Produktion bis 1985 für Entwicklungshilfe zusätzlich abgezweigt werden. Die gesamte Entwicklungshilfe der Bundesrepublik würde dann 1985 den Umfang eines kleineren Konjunkturprogramms haben.

### Aneignung durch Rohstoffkartelle

Auch zeigen die Ölpreissteigerungen der 70er Jahre, daß ein Ressourcentransfer von 0,7 bis 1 % des BSP volkswirtschaftlich zu verkraften ist. Die Ölländer erzwangen 1978 gegenüber 1973 einen zusätzlichen Ressourcentransfer vor allem von seiten der Industrieländer von 100 Mrd. \$ ohne zusätzliche Leistungen. Nach sieben Jahren Ölpreissteigerungen zeigt sich, daß der einzige negative Einfluß dieser Aneignung von finanziellen Ressourcen in der abrupten Durchsetzung der Preissteigerungen und der Möglichkeit bestand, daß Einnahmen nicht zu wirksamer Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen werden. Die-

se beiden Gefahren sind jedoch bei den Forderungen der Entwicklungsländer nach höherer Entwicklungshilfe nicht zu sehen.

Wird den Entwicklungsländern die Erhöhung der Entwicklungshilfe verweigert, so ist durchaus vorstellbar, daß sie sich diese finanziellen Ressourcen durch Rohstoffkartelle auch bei anderen Rohstoffen als Öl und Erdgas aneignen. Es gehört zwar zu den Glaubensinhalten der heutigen Diskussion über die Preise im Handel zwischen Nord und Süd, daß die Ölpreise angehoben werden konnten, weil Öl ein besonderer Stoff sei. Dazu möchte ich aber zunächst einmal daran erinnern, daß vor den Ölpreissteigerungen genau das Gegenteil behauptet wurde. Im Oktober 1960 schrieb die Petroleum Press Service über die Forderung der OPEC-Länder, die Preise zu stabilisieren: „Aber ebenso wie die Ölgesellschaften stoßen sie (die Ölförderländer) immer wieder auf die harte Tatsache, daß die Existenzbedingungen des internationalen Erdölhandels . . . Einflüssen unterworfen sind, über die sie zum großen Teil keine Macht haben . . . Diese Umstände können nicht mit den Absatzproblemen einer ein-

heitlicheren Rohware wie z. B. Kaffee oder Zucker verglichen werden, bei denen es möglich war, sie in der einen oder anderen Form ... einer internationalen Marktregelung zu unterwerfen.“

Tatsache ist, daß die Regierungen der Dritten Welt konzertiert Rohstoffpreise solange erhöhen können, bis Substitute (Ersatzgüter) wettbewerbsfähig werden, z. B. teures Nordseeöl, Ölschieferöl oder deutsches minderwertiges Eisenerz, oder bis der Absatz sinkt, weil bei einem hohen Preis der Bedarf nach dem betreffenden Gut abnimmt. Dies gilt z. B. für die tropischen Agrarprodukte. Der Kaffeepreis kann sicher nicht auf die Höhe der Kosten von bei uns in Treibhäusern gezüchtetem Kaffee steigen. Aus dem Verbraucherverhalten in der Bundesrepublik ließen sich aber schon 1975 Erlössteigerungsmöglichkeiten für Kaffee von 100 % auf dem deutschen Markt errechnen, bei Preissteigerungen für den Verbraucher von 171 %<sup>1</sup>. Die Kaffeepreissteigerungen 1976-78 haben diese Argumentation insoweit bestätigt, als die Preise auf dem deutschen Markt um bis zu 49 % stiegen, der Verbrauch pro Kopf aber immerhin beim Höchstpreis um weitere 7 % zunahm. Im übrigen zeigt gerade in Deutschland die uns allen bekannte Bereitschaft der DDR-Verbraucher, Kaffee auch zu sehr hohen Preisen zu kaufen, daß das Argument, daß im Gegensatz zum Öl auf tropische Agrarprodukte verzichtet werden könne, mehr einem militärischen als einem ökonomischen Denken entspringt.

#### **Hemmnisse bei massiven Transfers**

Die Erhöhung der Entwicklungshilfe oder der Transfers von finanziellen Ressourcen durch höhere Rohstoffpreise lösen allerdings das

Entwicklungsproblem nicht. Entwicklung als Steigerung der Produktivität der Arbeit durch die Nutzung von Arbeitsteilung, Maschinen und Energie hängt von der Erweiterung der Nachfrage nach standardisierten Produkten ab. Je homogener die Nachfrage, desto größer die Produktionsserien. Je größer die Produktionsserien für Konsumgüter, desto größer die Nachfrage nach Vorprodukten und Investitionsgütern, die im eigenen Land gefertigt werden können<sup>2</sup>. Bei einem nur langsam sich erweiternden Verteilungsspielraum wird die wirtschaftliche Entwicklung in Ländern mit einer relativ egalitären Verteilung der Einkommen und damit einer homogenen Konsumnachfrage am größten sein.

Massive Transfers finanzieller Ressourcen wirken über vielfältige Mechanismen dem Gebot einer relativen Gleichheit entgegen, so daß die Verbesserung der Exporterlöse und der Zufluß von Hilfe den Entwicklungsprozeß behindern können. Sie verstärken vor allem die schon bestehenden Tendenzen zur bürokratischen Kontrolle der Wirtschaft, die Transfers z. B. im Fall der Aneignung von Renteneinkommen bei Rohstoffexporten schon voraussetzen.

Die Erhöhung des Verteilungsspielraums mindert den Druck vonseiten der Bevölkerung auf die Bürokratien. Auch Bürokratien, die bisher effizient die Überwindung von Unterentwicklung anstreben, laufen aufgrund der Mechanismen innerbürokratischen Rivalitätsdenkens Gefahr, zusätzliche Fonds zu vergeuden<sup>3</sup>. In der Regel werden höhere Zahlungen aus der Entwicklungshilfe oder höhere Erlöse aus den Rohstoffexporten nur in dem Maße den unteren Einkommenschichten zugute kommen, als Arbeitsplätze entstehen. Bei der derzeit inegalitären Nachfrage

ist die Industrialisierung aber eher kapitalintensiv. Das Arbeitsplatzangebot bleibt daher weit unter der Nachfrage nach Arbeitsplätzen.

#### **Grenzen der Exportorientierung**

Die Kritik der Anhänger der exportorientierten Industrialisierung an der meist von den Bürokratien in der Dritten Welt durchgeführten importsubstituierenden Industrialisierung ist in vieler Hinsicht berechtigt. Neben anderen sprechen aber vor allem zwei Argumente dagegen, von der deshalb befürworteten Strategie der exportorientierten Industrialisierung die Überwindung von Unterentwicklung zu erwarten:

- Die Industrieländer akzeptieren nur in Grenzen vermehrte Importe verarbeiteter Produkte aus der Dritten Welt.
- Ein Erfolg würde Importe in einem Umfang erfordern, der zum Zusammenbruch der Industrie im Norden führen müßte.

Das Verhalten wichtiger Industrieländer auf der 11. Sondervollversammlung, aber auch die Kontingentierungen der Importe gerade bei den Produkten der verarbeitenden Industrie, bei deren Herstellung die Länder der Dritten Welt konkurrenzfähig sind, zeigen, daß die Industrieländer die Öffnung ihrer Märkte begrenzen. Technologisch führende Industrieländer wie die Bundesrepublik mögen dabei liberaler sein als weniger fortgeschrittene Industrieländer, aber wer glaubte, daß die Industrielän-

<sup>1</sup> Vgl. H. Eisenhans: Ökonomie der Rohstoffproduktion, in: Leviathan 4 (1) 1976, S. 122-129.

<sup>2</sup> Vgl. H. Nohlen: Die Überwindung von Unterentwicklung, in: H. Nohlen, F. Nuscheler (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Hamburg 1974, S. 162-189.

<sup>3</sup> Vgl. exemplarisch den Bericht in: Révolution africaine vom 21. 3. 1980, S. 25.

dergruppe von den fortgeschrittenen Ländern auf eine Opferung der „schwächeren“ Branchen und Länder festgelegt werden könnte, sieht sich durch die Ergebnisse der 11. Sondervollversammlung widerlegt.

Dieses Ergebnis war wegen der Bedingungen der exportorientierten Industrialisierung vorhersehbar. Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Strukturen in der Dritten Welt bedeutet exportorientierte Industrialisierung die Ersetzung teurer Arbeiter in den Industrieländern durch billigere Arbeiter in den Entwicklungsländern. Die Folge ist, daß mittelfristig die effektive Gesamtnachfrage sinkt. Dieser Nachfrageausfall im Weltmaßstab kann aber auf zwei Arten kompensiert werden.

□ Die Löhne in den Industrieländern steigen real schneller als die Arbeitsproduktivität (plus/minus der Veränderung der Kapitalproduktivität), auch unter Berücksichtigung

des Terms-of-Trade-Gewinns zwischen der ausgelagerten Branche und der übrigen Wirtschaft. Dies beschleunigt wiederum den Auslagerungsprozeß.

□ Die Löhne in der Dritten Welt steigen. Dies ist unter den gegenwärtigen Strukturen des Arbeitsmarkts in der Dritten Welt nur begrenzt möglich. Beobachtbar ist, daß die Reallöhne für knappe qualifizierte Arbeit steigen. Es ist aber wahrscheinlich, daß bei einer Intensivierung der exportorientierten Industrialisierung die transnationalen Unternehmen stärker als bisher Technologien entwickeln werden, die den Faktorkosten in der Dritten Welt angepaßt sind. Sie stoßen dann auf einen nahezu unbegrenzt großen Markt unqualifizierter billiger Arbeitskräfte, so daß vermehrte Investitionen nicht zu einer Knappheit des Faktors Arbeit führen.

#### Kern der Auseinandersetzung

Dieses zweite Argument berührt den Kern der Auseinandersetzung

über die Weltwirtschaftsordnung: Die zwei Typen von Wirtschaften im Nord-Süd-System funktionieren auf verschiedene Weise. In den westlichen Industrieländern führen Investitionen zu steigenden Reallohnen, Markterweiterung und neuen Investitionen. „Rationalisierungs“investitionen und „Defensiv“investitionen, deren Gesamteffekt auf das Arbeitsplatzangebot positiv ist, finden gleichzeitig statt und sichern zumindest zyklisch Vollbeschäftigung mit Lohnsteigerungen entsprechend dem Wachstum der Produktivität.

Genau diese Bedingung ist in den Entwicklungsländern nicht gegeben. Wegen der offenen und versteckten Arbeitslosigkeit bleiben die Löhne trotz Produktivitätssteigerungen niedrig, so daß sich der Binnenmarkt nur wenig erweitert. Verdeutlicht man sich, daß die OECD-Länder rund 100 Mill. Arbeitsplätze in der Industrie haben, dann würde die Verlagerung aller dieser Arbeitsplätze die Arbeitslos-

## VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Wolfgang Borchardt, Ulrich Dietsch, Klaus Bolz

### WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN UND ENTSPANNUNGSPOLITIK

Das Beispiel der ungarischen Westwirtschaftsbeziehungen

An den Westwirtschaftsbeziehungen der ungarischen Volksrepublik lassen sich aufgrund der hohen wirtschaftlichen Verflechtungen mit dem Westen die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen für ein sozialistisches Land am ehesten untersuchen. Dabei unterscheidet sich diese Arbeit von allen vorangegangenen HWWA-Veröffentlichungen zum Thema Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen. Standen bisher stets die ökonomischen Zusammenhänge im Vordergrund des Interesses, wird in der vorliegenden Studie die Wirkung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen auf Wirtschaft und Gesellschaft eines sozialistischen Landes letztlich im Hinblick auf den Prozeß der Friedenssicherung in Europa untersucht.

Großoktav, 380 Seiten, 1980, Preis brosch. DM 39,-

ISBN 3-87895-191-4

V E R L A G   W E L T A R C H I V   G M B H   -   H A M B U R G

sigkeit in der Dritten Welt nicht beheben<sup>4</sup>.

### Was ist zu tun?

Die Industrieländer werden auf Dauer die Entwicklungsländer nicht daran hindern können, den Transfer erheblicher finanzieller Ressourcen zu organisieren. Ebenso wenig kann die Konkurrenz der Niedriglohnländer ausgeschaltet werden. Die meisten Industrieländer sind so exportabhängig, daß die Sicherung ihres Beschäftigungsstands nicht durch den Schutz ihres jeweils nationalen Markts erreicht werden kann. Alle OECD-Länder werden sich nicht auf eine gemeinsame Zollmauer einigen können, die die „teuren Arbeitskräfte“ im Norden gegen den Export aus Niedriglohnländern schützen würde. Allein die Tatsache, daß die exportorientierte Industrialisierung vorwiegend von einflußreichen transnationalen Unternehmen organisiert wird, dürfte dies verhindern.

In dieser Situation muß das Hauptinteresse der Industrieländer darin bestehen, sicherzustellen, daß der Ressourcentransfers für die Überwindung von Unterentwicklung verwendet wird, damit durch die Verbesserung der Einkommen in den „traditionellen Sektoren“, vor allem in der Landwirtschaft, und die Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten das Angebot an billiger Arbeitskraft nicht unbegrenzt elastisch bleibt. Die Verbesserung der Realeinkommen der Masse der Bevölkerung und die Erweiterung des inne-

ren Markts bedingen sich wechselseitig. Mehr Einkommen für die Bauern führt zu mehr Nachfrage nach einfachen Produkten, die in diesen Ländern hergestellt werden können, erhöht die Beschäftigung für unqualifizierte Arbeitskräfte und regt wiederum, sofern auf bürokratische Kontrollen verzichtet wird, die Produktion der Landwirtschaft an. Unter diesen Voraussetzungen stoßen die Unternehmen, die die billigeren Arbeitskräfte in der Dritten Welt für die Herstellung von Exportprodukten nutzen wollen, auf steigende Kosten auch unqualifizierter Arbeit. Die Armut wird schrittweise behoben, indem sich ein Binnenmarkt bildet. Damit entfällt das wichtigste Argument, mit dem die Entwicklungsländer immer höhere finanzielle Transfers verlangen, und auch die bei uns vorhandene Furcht vor den unabsehbaren Folgen eines Wandels der internationalen Arbeitsteilung. Der Norden und der Süden können in ein „fließendes“ Gleichgewicht kommen, bei dem in beiden Regionen die Bedingung für Wachstum gegeben ist, nämlich steigende Masseneinkommen.

### Forderung nach Reformen

Dies bedeutet, daß die Industrieländer heute, da sie Konzessionen bei der Öffnung der Märkte und den finanziellen Transfers in die Dritte Welt noch aus einer relativ starken Verhandlungsposition heraus aushandeln können, die gesellschaftlichen Strukturen in der Dritten Welt in die Diskussion mit einbringen müssen:

Zuwächse bei der Entwicklungshilfe müssen zu festgelegten Anteilen in eindeutig der Grundbedürfnisstrategie zuzuordnende Projekte fließen. Dazu gehören auch Industrien zur Versorgung der Landwirtschaft mit Vorprodukten und Investitionsgütern.

Da heute die Rohstoffrenten außerhalb des Erdölsektors noch nicht angeeignet sind, könnten die Industrieländer selbst die erzielbaren Renten in Form von Importzöllen und Verbrauchssteuern von den Verbrauchern einbehalten und sie an gemeinsam mit den Entwicklungsländern verwaltete Institutionen überweisen, die sie für die Grundbedürfnisstrategie einsetzen.

Agrarreformen sind notwendig. Ungefähr 60 % der Bevölkerung in der Dritten Welt leben auf dem Lande. Die Anhebung der Einkommen dieser Bevölkerungsschicht kann erst den Massenmarkt schaffen<sup>5</sup>, der notwendig ist, damit die Öffnung der Märkte in den Industrieländern und der Transfer von Ressourcen in die Dritte Welt zur Überwindung von Unterentwicklung führen.

Statt zu behaupten, die Forderungen der Dritten Welt seien zu teuer oder politisch im Norden nicht durchzusetzen, sollten die Industrieländer die Regierungen der Dritten Welt mit deren eigenen Legitimationsgrundlagen konfrontieren: Die Industrieländer, an die Forderungen wegen der Armut in der Dritten Welt gestellt werden, verbinden dann heute Konzessionen auf dem Gebiet der Weltwirtschaftsordnung mit Forderungen nach einem Abbau der entwicklungshemmenden Ungleichheit in der Dritten Welt. Neue Verbündete in der Dritten Welt, auch in den dortigen Regierungen, ließen sich gewinnen, die heute wegen der Haltung der Industrieländer einer undifferenzierten Solidarität der Dritten Welt statt der Solidarität der Armen in der Dritten Welt das Wort reden.

<sup>5</sup> Vgl. H. Eisenhans: Agrarverfassung, Akkumulationsprozeß und Demokratisierung, in: d e r s . : Agrarreform in der Dritten Welt, Frankfurt 1979, insb. S. 537-540.

<sup>4</sup> Vgl. H. Eisenhans: Entwicklungsstrategien für die Dritte Welt, in: G. Kiersch, R. Seldemann: Eurosozialismus, Köln 1979, S. 112-122. Dankenswerterweise vertreten auch J. B. Donngens, L. Müller-Ohlisen: Außenwirtschaftsstrategien und Industrialisierung in Entwicklungsländern, Tübingen 1978, S. 167, die Auffassung, daß die Ausbreitungseffekte der exportorientierten Industrialisierung zu klein sein könnten, um das Entwicklungsproblem zu lösen.